

klartext

Seite 6:

Voneinander lernen –
sich verändern –
Erfolge organisieren

Seite 7:

Neue Aufgaben
für die
Europäische Linke

Seite 8:

Die Stadt als
Rückgewinnung des
Politischen



Perspektiven für (Ost-)Deutschland

Interview mit Prof. Dr. Rolf Reißig
(Ost-)Deutschland am Scheideweg
auf Seite 4

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Nun red mal Klartext“, dies gilt weithin als Aufforderung auf den Punkt zu kommen, das Wesentliche und vor allem das tatsächlich Gemeinte auszusprechen. Eine Form von Rede, die man im Allgemeinen nicht mit Äußerungen von Politikern verbindet. Trotzdem deklarieren sich damit eine Vielzahl von politischen Medien. Auch wir erlauben uns diesen Titel für unser PDS-Landesmagazin.

Dabei geht es uns nicht darum, unsere politischen Vorschläge als scheinbar objektiv richtig im Sinne allgemeingültiger Wahrheit zu erklären. Wir meinen auch nicht die an zahlreichen Stammtischen verwendete Floskel „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“ Mit ersterem haben sich DDR und die anderen sozialistischen Staaten um ihre Reformfähigkeit gebracht. Mit zweitem werden unter anderem bis heute Rassismus „gepflegt“ und Auschwitz relativiert und geleugnet.

Das Landesmagazin bringt nunmehr im dritten Jahr seines Erscheinens Positionen, Sachverhalte, Lösungen in die Öffentlichkeit, die innerhalb der PDS diskutiert werden oder die wir so interessant finden, dass wir sie in „unsere“ Diskussion einbeziehen wollen. Dies bedeutet auch eine Öffnung politischer Debatten, die ihren Gewinn daraus ziehen, wissenschaftlich-fachlich, philosophisch oder unter ungewöhnlichem Blickwinkel abzulaufen.

Alles Eigenschaften, die auch innerhalb der angestrebten Parteireform der PDS notwen-

dig sind. Wir wünschen uns in diesem Prozess die vielbeschworene Öffnung, nicht hin zu Beliebigkeit oder zum inszenierten Tabubruch, sondern hin zur Profilierung einer sozialistischen Partei, in und mit der Menschen für eine lebenswerte und freie Gesellschaft aller eintreten. Michael Entrich, Landesgeschäftsführer der PDS, wirbt dafür in seinem Artikel „Voneinander lernen“ (S. 6), wirbt für ein breites Engagement aller in der Reformierung und Neugestaltung der Partei.

Mit dem Begriff der Reform verbindet sich in der Bundesrepublik Deutschland eine längst nicht abgeschlossene Diskussion um Sozialstaat und Arbeitsmarkt. Dass der Osten sich nicht als Problemfall abkoppeln lässt – weder theoretisch noch praktisch – belegt Professor Rolf Reißig vom Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaften e.V. Im Interview entwirft er die möglichen Szenarien der sozioökonomischen Entwicklung in den östlichen Bundesländern und die damit verbundenen politischen Herausforderungen (S. 4–5).

Kultur und Bildung kommen dabei Schlüsselrollen zu. Dr. Rosemarie Hein, die Landesvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt, skizziert im Rückblick auf den Volksentscheid die Aufgaben vor denen eine innovative Bildungspolitik steht (S. 3). Edda Rydzy führt uns über den historischen Blick auf die deutsche Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt 2010 die politische Dimension des Themas vor Augen und lobt den selbstbewussten Auftritt der Stadt Halle (S. 8).

Mit den genannten Artikel lade ich Sie zur Lektüre der ersten Ausgabe in diesem Jahr ein. Diese ist auch die erste, die ich nicht als Mitglied der Redaktion, sondern als ver-

antwortliche Redakteurin begleite. Ein Klartext im bewährten Sinne eigener Standpunkte. Denen der PDS und denen der Redaktion. Insbesondere aber auch der Meinung der einzelnen Autorinnen und Autoren. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Kolumne und den Kommentar über die Debatte der Ursachen für rechte Wahlerfolge und rechts-extreme Einstellungen, verfasst von Dr. Thomas Falkner (S. 14) und Dr. Thomas Drzisga (S. 15).

Neben den Artikeln finden Sie in dieser Ausgabe eine Reihe von Terminen und Veranstaltungshinweisen. Davon stehen einige im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Esther Bejarano, Überlebende des Vernichtung- und Konzentrationslager Auschwitz, wird am 11. März in Magdeburg zu Gast sein (S. 11, Termine). Ebenso besucht Wladimir Gall, dem im DEFA-Klassiker „Ich war neunzehn“ ein filmisches Denkmal gesetzt wurde, Sachsen-Anhalt (S. 11, Termine). Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, speziell die juristische Aufarbeitung in Ost- und Westdeutschland, thematisiert eine Fachkonferenz am 4. Mai, zu der die PDS-Fraktion einlädt (S. 9, Termine).

Auf Ihr Interesse hoffend grüßt Sie

Anke Lohmann

SEITE 3

Keinen Nerv für die Bildung Seite 3

INTERVIEW

(Ost-)Deutschland am Scheideweg
Gespräch mit Prof. Dr. Rolf Reißig . . . Seite 4

THEMEN

Voneinander lernen – sich
verändern – Erfolge organisieren . . . Seite 6

Neue Aufgaben für die
Europäische Linke Seite 7

Wo kriegen wir bloß die
Weiber her? Seite 10

Sprachrohr der „Neuen Rechten“ –
Eine Annäherung an die
„Junge Freiheit“ Seite 11

KULTUR

Die Stadt als Rückgewinnung des
Politischen Seite 8

REGIONALES

Die Antikriegsgruppe Magdeburg . . Seite 12

Ostermarsch 2005 Seite 12

JUGEND

Mitmischen ist angesagt! –
Die Wittenberger Jugendgruppe
der PDS stellt sich vor Seite 13

KOLUMNE

„Parteienstreit“ und Parteienstreit . Seite 14

KOMMENTAR

das letzte +++ das letzte +++
das letzte Seite 15

Termine der PDS Sachsen-Anhalt . . . Seite 9

Termine des Bildungsvereins
Elbe-Saale Seite 11

Impressum Seite 15

Solidarität und Respekt den Frauen hier und weltweit!

Die Redaktion gratuliert zum
Internationalen Frauentag am
8. März.

Liebe Leserinnen und Leser,
an dieser Stelle einen herzlichen Dank für Ihr
Interesse an unserem Magazin. Vielleicht
lesen Sie ja mittlerweile den klartext regel-
mäßig? Wir sind ständig bemüht, Ihnen inter-
essante Themen in einem modernen Layout
näher zu bringen.

Wie Sie wissen, wird der klartext gänzlich
aus Spenden finanziert. Wir würden uns
freuen, wenn Sie uns in unserer ehrenamt-
lichen Arbeit durch eine Spende unterstützen
würden.

Ihre Redaktion

PDS Sachsen-Anhalt
Spendenkonto 118 825 901
Deutsche Bank 24 · BLZ 810 700 24
Kennwort: klartext

klartext

Keinen Nerv für die Bildung?

von Dr. Rosemarie Hein

Viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter waren am Abend des 23. Januar sehr enttäuscht, dass der erste Volksentscheid in Sachsen-Anhalt gescheitert ist. Ein Votum für ein Recht auf ganztägige Bildung und Betreuung für alle Kinder ohne Ausnahme ist leider nicht zustande gekommen. Dennoch: über 330 000 Wählerinnen und Wähler haben dafür votiert, und das sollte man nicht gering schätzen. Trotzdem stellt sich die Frage, warum so wenige Menschen zur Abstimmung gegangen sind und warum von denen auch viele, wenngleich nicht die Mehrheit, mit „Nein“ gestimmt haben.

Die Ursachen sind sicher vielschichtig. Da ist eine generelle Wahlmüdigkeit, eine Politikverdrossenheit, die auch bei anderen Wahlen der letzten Jahre zunehmend zu spüren war. Da war auch eine aus meiner Sicht seit den frühen neunziger Jahren einmalige einseitige und tendenziöse Medienberichterstattung über nahezu alle überregionalen Medien in diesem Lande, die weder mit guten Worten noch mit guten Argumenten zu durchbrechen war. – Mehr Geld, um sich in die Annoncenseiten einzukaufen, konnten die Bündnispartner nicht aufbringen. – So konnte die Annahme, die Mehraufwendungen für die Kinder arbeitsloser Eltern könnten andere soziale, kulturelle und sportliche Projekte gefährden, nicht wenige von einem positiven Votum abhalten. Doch da ist auch Desinteresse bei vielen Erwachsenen und auch jungen Eltern und die Unterschätzung des Problems bei vielen angesichts eigener Nöte und sozialer Unsicherheit. All das und womöglich noch mehr hat eine Rolle gespielt für den Ausgang des Volksentscheides.

Da hat uns erst wenige Wochen zuvor die jüngste PISA-Studie erneut ins Stammbuch geschrieben, dass der soziale Hintergrund in Deutschland weit stärker als in anderen Ländern Bildungschancen und damit Lebensperspektiven bestimmt, aber die soziale Ausgrenzung von Kindern arbeitsloser Eltern wird von zu wenigen in diesem Zusammenhang als Problem gesehen. Da wird schon mal das Recht der Kinder auf gleichberechtigte Teilhabe an ganztägiger Bildung und Betreuung mit der Verantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder verwechselt. Es geht eben nicht um die Eltern, sondern um die Kinder. Zudem hält sich hartnäckig die Meinung, Bildung sei Kindern ohnehin nur halbtags zuzumuten, am Nachmittag fände „nur noch Betreuung“ statt. Das widerspricht aber allen Erkenntnissen frühkindlicher Bildung. Kinder hören nicht mittags mit dem Lernen auf. Sie erfahren ihre Welt lernend überall, ganztags, auch zu Hause. Und wenn sie mittags auf das gemeinsame Spiel mit den anderen Kindern in der Kindereinrichtung verzichten müssen, erfahren sie eben schon früh und einprä-

gend, dass sie weniger Rechte haben als andere Kinder und also der Gesellschaft weniger Wert sind. Eine solche mentale Vorprägung am Start ins Leben kann sich bis in die Schule hinein negativ auswirken. Diesen Zusammenhang haben wir zu wenig bewusst machen können. Dabei ist die Betonung der Rolle von Bildung für die Lebenschancen junger Menschen eine in allen Parteien und von vielen gesellschaftlichen Partnern derzeit fast inflationär gebrauchte Floskel. Aber eine solche wird es auch bleiben, wenn Politik und Gesellschaft nicht bereit sind, sie auch praktisch zu untersetzen. Eben mit Garantien für den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, mit Sicherheiten für den Ausgleich sozialer und anderer Benachteiligungen und so fort. Darum legt die PDS mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Innovation als dauerhafte Entwicklungschance für das Land Sachsen-Anhalt eben auch einen Schwerpunkt auf die Verbesserung von Bildung und Bildungsbeilegung. Trotz großspuriger Ankündigungen hat die konservativ-liberale Landesregierung bisher keinen Beitrag dafür geleistet, dass mehr Schülerinnen und Schüler höhere Abschlüsse erreichen können, im Gegenteil, mit der Kultivierung des ungeliebten Hauptschulabschlusses und weiterer Zugangsbeschränkungen zu höherwertiger Bildung hat sie die falschen Schlüsse gezogen und den Negativtrend verstärkt. Wir setzen dagegen unser Programm zur Stärkung der Sekundarschulen und zur Verbesserung der Übergangsmöglichkeiten zum Abitur. Wir schlagen einen Weg vor, der zu einer Schule für alle Kinder, einer Gemeinschaftsschule führt, bei dem alle Schülerinnen und Schüler durch entsprechende Förderung mindestens den Real schulabschluss erreichen können, bei dem individuelle Leistungsstärken entdeckt und gefördert werden und der den Weg zum Abitur offen lässt. Ein solcher Weg soll mittelfristig auch zu einem ausgewogenen und möglichst wohnortnahen Schulnetz bis zur Klasse 10 führen und eine späte Entscheidung – nach unseren Vorschlägen wie in PISA-Siegerländern nach der 9. Klasse – für den Weg zum Abitur ermöglichen. Das hilft allen. Das macht es möglich auch das Leistungsniveau an den Sekundarschulen deutlich zu erhöhen und damit die Akzeptanz dieser Abschlüsse auch in der Wirtschaft zu verbessern. Das ermöglicht mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen in der Wahl der pädagogischen Programme und mehr Vielfalt im Angebot. Das erfordert neues Nachdenken über räumliche und personelle Voraussetzungen für erfolgreiches Unterrichten und pädagogische Begleitung über den „reinen“ Unterricht hinaus. Ein solches System wäre leistungsfähig und effizient. Ein solches System ermöglichte auch einen höheren Anteil höherer Schulabschlüsse, auch des Abiturs.

Und eine höhere Abiturquote gehört auch zu den Erfordernissen, die sich aus dem internationalen Vergleich und aus den Erfordernissen der modernen Gesellschaft und den Entwicklungspotenzen des Landes ergeben. Allerdings ist der Abbau der Hochschullandschaft, wie ihn die Landesregierung unter dem Vorwand von Sparzwängen und vermeintlicher Effizienzkriterien jetzt betreibt, dabei ebenso kontraproduktiv wie eine mögliche Einführung von Studiengebühren. Das würde weder Studienzeiten verkürzen helfen noch die soziale Schieflage beseitigen, sondern die Möglichkeiten eines Studiums noch mehr an die Geldbeutel der Eltern binden. Notwendig ist dagegen ein komplett neues System der Bildungsfinanzierung von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung.



Doch – auch das sei zugegeben – dafür hat noch keiner ein Rezept in der Tasche, das über vollmundige Forderungen hinaus ginge. Über Bildung neu nachzudenken, über Kurzsichtigkeit und gesellschaftliche Vorurteile hinweg, bleibt darum Herausforderung, damit aus artigen Floskeln endlich politische und gesellschaftliche Realitäten werden.

Dr. Rosemarie Hein ist Landesvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt und bildungspolitische Sprecherin der PDS Landtagsfraktion.

(Ost-)Deutschland am Scheideweg

Professor Dr. Rolf Reißig vom Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS) sieht die Bundesrepublik in einer Scheidewegssituation mit unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Im Interview mit dem klartext wirbt er nicht nur für „linkssozialistische Reformpolitik“, sondern auch für deren „Voraussetzung, eine neue politische Öffentlichkeit“. Professor Dr. Rolf Reißig hat das Landesentwicklungskonzept der sächsischen PDS-Fraktion wissenschaftlich beteiligt.

Mit dem alternativen Entwicklungskonzept für Sachsen ALEKSA hat die PDS-Landtagsfraktion eine Ziel- und Wegbeschreibung für die nächsten 10 bis 15 Jahre für den Freistaat vorgelegt. Was ist neuartig an ALEKSA?

Die sächsische Staatsregierung bastelte seit langem an einem Raumordnungsplan, zu dem auch alle Parteien zugearbeitet haben. Bei einem solchen Raumordnungsplan geht es aber mehr um Struktur-, um allgemeine Investitionsfragen. Er ist kein wirklich modernes Zukunftskonzept. Ein solches wollte die PDS mit ALEKSA – Alternatives Landesentwicklungskonzept für SAchsen – dagegenstellen. Ein Entwicklungs- und Gestaltungskonzept also, das von einer realistischen Bilanz ausgeht, wo das Land wirklich steht, der Frage nachgeht, welche neuen Herausforderungen stehen, welche Aufgaben das Land daher angehen muss, um zukunftsfähig zu sein, um von daher eine Strategie zu entwickeln, wie das erreicht werden kann. ALEKSA ist kein technizistisches Konzept, sondern eines, das die Bürgerinnen und Bürger des Landes anspricht, sie zum Ausgangspunkt und Adressaten macht. Deshalb fragt ALEKSA nicht im Fahrwasser des Mainstreams vordergründig danach, wo man was wie kürzen kann, sondern fragt nach den Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Umsteuern auf einen anderen, zukunftsfähigen Entwicklungspfad und fragt nach neuen Politikoptionen, wie der Umschwung bewirkt werden kann. Ich finde es gut, dass sich eine Oppositionspartei solchem Anspruch stellt und ein Gestaltungskonzept auf den Tisch legt.

Es sind drei Botschaften, die ALEKSA von allen anderen sächsischen Landeskonzepten unterscheiden. Erstens wird die soziale Gestaltung in den Mittelpunkt gestellt. Nicht Gestaltung schlechtweg im Kapitalinteresse, sondern Gestaltung eines modernen zukunftsfähigen, sozialen Lebensraumes. Zweitens geht es um Zukunftsfähigkeit, die auf nachhaltigem Wachstum basiert und nicht auf das klassische fordistische Wachstum beschränkt ist. Und drittens geht es um die Gestaltung einer demokratischen Bürgergesellschaft.

ALEKSA will die offene Diskussion über die Zukunftswegen Sachsens befördern. Erfüllt sich diese Erwartung der sächsischen PDS?

Als ALEKSA ausgearbeitet wurde, war klar, dass damit kein Masterplan entsteht und auch nicht der Anspruch gestellt wird, ein fertiges Konzept vorzulegen, das nur noch verkündet und von den Bürgern, Institutionen, Akteuren, Gruppen, Interessenverbänden angenommen werden muss. Wir



Prof. Dr. Rolf Reißig beim Gespräch mit dem klartext

haben ALEKSA von Anfang an als ein Angebot zum gesellschaftlichen Dialog, als ein Angebot im Wettbewerb der Ideen verstanden. Ein Angebot, das korrigiert und fortgeschrieben wird, wenn es bessere Ideen gibt, das auf Öffentlichkeit zielt und den Diskurs mit den Bürgern anstrebt. Moderne, linkssozialistische Reformpolitik hat, was oft unterschätzt wird, zur Voraussetzung, eine neue politische Öffentlichkeit herzustellen, die es in diesem Sinne in Deutschland und insbesondere in Ostdeutschland bislang nicht gibt. Zur Präsentation von ALEKSA kamen zweihundert Bürgerinnen und Bürger in den Landtag, das waren zum großen Teil Repräsentanten von Gewerkschaften, von Sozialverbänden, von Schulen, von Bildungsträgern. Es fanden Diskussionsrunden mit wichtigen Multiplikatoren statt, vor den Wahlen gab es eine Zwischenbilanz. Herr Most z.B. aus dem Beraterteam von Dohnanyi hat ALEKSA das modernste, für ihn überzeugendste Papier zur Entwicklung Ostdeutschlands genannt, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt hat in einer Regierungserklärung auf ALEKSA Bezug genommen, und es recht positiv dargestellt. Es gibt schriftliche Stellungnahmen aus Wirtschaftskreisen und Sozialverbänden. Aber in die breite Öffentlichkeit ist

ALEKSA meines Erachtens nicht eingedrungen. Das lag sicher auch daran, dass die Medien zurückhaltend blieben und die sächsische Staatsregierung in 14jähriger CDU-Alleinherrschaft ihre kulturellen hegemonialen Positionen bis in die letzten Kreise durchgesetzt hat, was die breite Diskussion eines PDS-Papiers verhinderte. Jetzt will die Landtagsfraktion einen Neustart der Debatte versuchen.

Die Handschrift von ALEKSA ist deutlich mit geprägt worden durch ein Wissenschaftlerteam des BISS, das unter Ihrer Leitung stand. Welche Erkenntnisse lassen sich aus dieser Zusammenarbeit für künftig zu erstellende Strategiepapiere der PDS ableiten?

Das ist ein Thema, das man durchaus noch einmal Revue passieren lassen sollte. Diese Zusammenarbeit war ja eher zufällig. Kollegen der Fraktion, die an einem alternativen Landesentwicklungskonzept, allerdings sehr fragmentiert, arbeiteten, kamen zu mir, weil sie, wenn ich das so formulieren darf, nicht recht weiterkamen, mehr Blockaden als Entwicklungspfade sahen. Wir wollten zunächst nur einmal gemeinsam diskutieren. Aus dieser spontanen Zusammenkunft ergab sich dann eine ziemlich verbindliche und intensive Zusammenarbeit. Es hat sich gezeigt, dass die fachlich-thematische und die politische Kompetenz der Fraktionsleute und die wissenschaftliche, gesellschaftliche Kompetenz eines Instituts wie das BISS, das viele Jahre im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Stiftungen zu Ostdeutschland geforscht hat, eine gute Basis bildeten, um relativ kurzfristig ein solch komplexes Programm wie ALEKSA vorzulegen. Allein hätten das beide Partner so nicht gekonnt. Hier ist ein Beispiel gegeben worden für eine konstruktive Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik, die es so häufig nicht gibt. Wir haben uns getroffen, beraten, Thesen in den Raum gestellt, Anregungen aufgenommen, aber dann ganz selbstständig unsere Positionen niedergeschrieben, die dann in ALEKSA eingeflossen sind.

Eine Grundthese von ALEKSA lautet: „Am Ende der Nachwendezeit befinden wir uns am Anfang eines neuen, tiefgreifenden und offenen Wandlungsprozesses.“ Diese Scheideweg-Situation charakterisiert nicht nur die Lage in Sachsen, sie ist nicht einmal auf den Osten beschränkt. Was heißt das für Deutschland und die neuen Bundesländer?

Das ist eine These, die ich im Rahmen meiner Forschung zu Ostdeutschland und zum Wandel der Bundesrepublik schon vor einiger Zeit, ich glaube als erster, so zugespitzt formuliert habe, auch etwas als Paradoxon: Das Ende der Nachwendezeit ist der Anfang eines neuen, tiefgreifenden Wandlungsprozesses. Sie hebt sich ab von Auffassungen der Bundesregierung oder auch des für Ostdeutschland zuständigen Ministers Manfred Stolpe, die den Aufbau Ost unter dem Gesichtspunkt Solidarpakt sehen und die These vertreten: Halbzeit. Halbzeit bedeutet

aber, dass ich das Ziel kenne, den Weg kenne, einschätzen kann, dass die Hälfte bereits erreicht wurde. Hier wird mehr die Kontinuität eines erfolgreichen Wandels prophezeit. Unsere These ist im besten Sinne des Wortes tiefgreifend radikal. Sie sagt: Die Transformation ist lediglich nach formalen Kriterien abgeschlossen. Die Nachwendezeit unter diesem Gesichtspunkt ist beendet, aber die wirklich entscheidenden, grundlegenden Aufgaben, die zu lösen sind und eigentlich schon hätten gelöst werden müssen, stehen erst bevor. Sie hebt sich auch von den Auffassungen vieler westdeutscher Sozialwissenschaftler ab, die davon ausgehen, das ganze Thema sei erledigt, die Transformation ist beendet, Ostdeutschland spielt in dem Sinne keine Rolle mehr, weil die Institutionen aufgebaut sind, weil die Länder geschaffen worden sind, weil eine kommunale Selbstverwaltung gegeben ist, weil ein Rechtssystem besteht, ein parlamentarisches System aufgebaut wurde, Parteienwettbewerb, Parteiendemokratie existiert. Das sind freilich wichtige Indikatoren für eine postsozialistische Transformation. Aber das ist eine sehr formale Sicht. Denn im Osten gibt es keine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung, ist kein zukunftsfähiges Entwicklungsmodell entstanden. Zugleich gibt es tiefgreifende soziale Polarisierungen und Ausgrenzungen, zunehmende sozialräumliche Disparitäten, ganz neue Herausforderungen beim Übergang zur wissenschaftlich gestützten Gesellschaft, zur wissenschaftlich gestützten Wirtschaft, neue demographische Entwicklungen – das alles schafft einen ganzen Komplex von Konflikten, von Problemlagen, von Herausforderungen, dass ich – auch wieder zugespitzt, aber meines Erachtens treffend – formuliere: Was dem Osten, was Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Brandenburg bevorsteht, ist mehr als das, was 89/90 und dann noch einmal 91/92 an Krisen der Transformation und der Vereinigung gelöst werden musste. Das scheint nun sehr gravierend zu sein, aber ich glaube, es beschreibt die neue gesellschaftliche Situation. Zugleich gibt es Potenziale, Ansatzpunkte, Möglichkeiten, an die eine neue Politikgestaltung anknüpfen kann.

Und nun ist Ostdeutschland, wie in der Frage schon richtig formuliert wird, ein integrierter Bestandteil der Bundesrepublik und der EU. Nicht nur der Osten, sondern die gesamte Bundesrepublik steht in einer – das ist eine wichtige soziologische Kategorie – Scheidewegssituation, wo sich unterschiedliche Entwicklungsszenarien abzeichnen und sich erst noch zeigen wird, wohin der Weg geht. Das ist das Neue, was der Mainstream 1989/90 nicht thematisierte. Man glaubte, die Übertragung des Modells Bundesrepublik alt auf den Osten, ohne Veränderungen im Westen, ohne die Reformen, die ja anstanden, schaffe eine neue, stärkere Bundesrepublik, der Osten werde sich dem Westen angleichen und beide werden auf dem alten Weg, der sicher in vie-

lem in den 50/60er Jahren des Aufbaus der alten Bundesrepublik auch erfolgreich war, fortschreiten können. Diese einfachen Modellübertragungen, ohne nachzudenken, wie die wirklichen Transformationswege im Osten hätten sein müssen, plus Verhinderung und Verweigerung der Reform der alten Bundesrepublik haben dazu geführt, dass der Aufbau Ost und das gesamte Modell alte Bundesrepublik in die Krise geraten sind. Beide stehen jetzt vor einer neuen Situation, einer gesellschaftlichen Veränderung tiefgreifender Art. Wir sind aus einer Übergangsgesellschaft in die nächste Übergangsgesellschaft gekommen.

Noch einmal zurück zu der These: Was heißt Ende der Nachwendezeit? Woran machen Sie diese Einschätzung ferner fest?

Ende der Nachwendezeit heißt neben dem Gesagten, dass sich die Ostdeutschen in einem langen, komplizierten Prozess der Verarbeitung der Konflikte der Transformation – so meine These – auf die neuen Verhältnisse im Allgemeinen eingestellt haben, sie kritisch verarbeiten und zugleich mit einer neuen Distanz diese Bundesrepublik sehen. Ende der Nachwendezeit ist also nicht nur ein objektiv institutionelles Problem, sondern eines der subjektiven Verarbeitung. Wir haben heute von den Stimmungslagen her nicht mehr die Einheitseuphorie von 89/90, wir haben aber auch nicht einfach nur diesen Transformations- und Vereinigungsschock von 91/92. Auch subjektiv haben wir eine andere Situation: Einstellung auf die neuen Verhältnisse und zugleich Distanz und zugleich Kritik und zugleich Rückzug.

ALEKSA basiert auf der Vision, dass die Parteien unter Beachtung ihrer politischen Differenzen die jetzt notwendigen Entwicklungsaufgaben für das Land zugleich in einer gemeinsamen Kraftanstrengung angehen müssten. Wie realistisch ist die Annahme einer solchen Parteienzusammenarbeit unter

den Bedingungen der parlamentarischen Wettbewerbsdemokratie und gravierender Unterschiede in den sozialpolitischen Konzeptionen?

Ich entsinne mich, wie wir, als wir ALEKSA fertig hatten, die Fragen stellten: Was bedeutet das nun? Ist das „nur“ das Konzept der Oppositionspartei PDS oder soll es mehr sein? Ich habe damals gesagt, es ist natürlich das Konzept der PDS-Fraktion in Sachsen, aber es sollte auch ein Angebot an alle politischen Parteien, an alle gesellschaftlichen Akteure, an Gewerkschaften, an Verbände, an Sozialverbände und außerparlamentarische Bewegungen sein. Weil ALEKSA nicht einfach den Kalkülen eines Parteienwettbewerbs unterliegen sollte, sondern weil es um das Land geht, um seine Zukunftsfähigkeit und alle Bürger angesprochen sind, sollte versucht werden, eine „Strategische Allianz für Sachsens Zukunft“ zustande zu bringen. Das heißt, es sollte niemand von vornherein ausgegrenzt und nicht gesagt werden, das können nur die einen und die anderen nicht. Das verwischt nicht die prinzipiellen Unterschiede zwischen den Parteien. Aber die Herausforderungen, vor denen die Sachsen, vor denen alle neuen Bundesländer stehen, sind so gewaltig, dass in dieser einen, übergreifenden Frage neue, offene strategische Allianzen quer zu den tradierten Grenzen politischer Parteien und Interessengruppen notwendig werden. Ein zukunftsfähiges Landesentwicklungskonzept muss stets mit dem Werben um gesellschaftliche Mehrheiten einhergehen.

Herr Professor Reißig, ich danke für das Gespräch.

Das Gespräch führte Dr. Martin Reso.

Professor Dr. Rolf Reißig hat das BISS 1990 gegründet. Er arbeitet als Gastdozent an der Freien Universität Berlin, an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Voneinander lernen – sich verändern – Erfolge organisieren

von Michael Entrich

Unter diesem Titel findet am 2. April 2005 ein bundesweites Forum zur Parteireform im Büro- und Tagungs-Center Magdeburg statt. Beim Begriff „Reform“ schaudert es einen in der heutigen Zeit und viele denken dabei an nichts Gutes. Zudem der Bezug zur Partei, was soll in einer solchen reformiert werden?

Internetnutzer werden allein bei der Suche im Web dem Begriff „Reform“ bei der weltweiten Suche 27 Millionen Mal begegnen. Aber erst im Duden wird die eigentliche Bedeutung des französischen Wortes *réforme* – Reform klar, welches Umgestaltung, planmäßige Neuordnung, Verbesserung bedeutet. Auch das Wort „Partei“ hat seine ursprüngliche Bedeutung und heißt übersetzt Gruppe bzw. Beteiligung. Wer nun im Internet den Begriff „Parteireform“ in eine Suchmaschine eingibt, wird staunen: in nicht einmal 77 Sekunden wird einem der Zugriff auf 8.500 Seiten ermöglicht. Das Auffällige beim näheren Hinsehen ist, dass sich offensichtlich nicht nur die PDS mit dieser Thematik beschäftigt, sondern auch die SPD, die CDU, die FDP und auch die Grünen. Dieser Feststellung schließt sich das Fragen an, was bewegt Parteien dazu, sich neu zu ordnen, was soll verbessert werden, was soll eigentlich umgestaltet werden oder ist das gerade mal so eine Modeerscheinung? Beim genaueren Hinsehen merkt man, dass alle Parteien mit sinkenden Mitgliederzahlen zu tun haben, dass alle die zunehmend schlechte Beteiligung an Wahlen beklagen. Die meisten Parteien leiden schon jetzt an strukturellen Problemen, so auch die PDS in Sachsen-Anhalt. Durch den Verlust von Mitgliedern droht zunehmend der Verlust von Kompetenzen und Vernetzung und damit wird eine Parteireform für uns zur Existenzfrage. Diese Erkenntnis ist bereits 1994 gereift und steht seitdem im PDS-Landesverband zur Diskussion. Nicht zum ersten Mal wird über die zu lösenden Probleme diskutiert, geschrieben und beschlossen. Landesparteitage und nun auch der Potsdamer Bundesparteitag haben diese Fragen diskutiert und Beschlüsse zur Parteireform gefasst. Auch im klarTEXT 3/2003 hat Dr. Achim Bittrich, stellvertretender Landesvorsitzender, in seinem Beitrag „Parteireform als Gewinn begreifen“ die Aufgabe aus dem Beschluss des Landesparteitages abgeleitet, Wege zu finden, um aus dieser Krise heraus zu kommen. Der erste Schritt dazu ist, die Parteireform zu einer wirklich zentralen Aufgabe jedes Vorstandes aller Ebenen zu machen. Dies wird nur gelingen, wenn die Bereitschaft besteht, zunächst einmal offen über die Wirklichkeit zu reden, wie wir es auch auf dem Leunaer Landesparteitag getan haben. Alle guten Erfahrungen müssen in diesem Zusammenhang zugänglich gemacht werden, um daraus zu lernen und entsprechend den konkreten Bedingungen

vor Ort die Umsetzung anzugehen. So können Erfolge organisiert werden, frei nach dem Motto: lieber kleine konkrete Veränderungen als große theoretische Konzepte.

Nach dem Beschluss des Potsdamer Parteitag über das Leitbild zur Parteireform steht das Jahr 2005 unter der Überschrift „Umsetzung des Leitbildes“, wofür die Wahlkampffähigkeit der Partei im Jahr 2006 die Nagelprobe sein wird. Der Bundesarbeitsausschuss Parteireform strebt an, dass in diesem Jahr in mindestens 50 Prozent der Kreisverbände Ost, in allen Landesverbänden West und in mindestens einem Drittel der Zusammenschlüsse Aktivitäten der Parteireform stattfinden. Damit werden wir auch dem oben genannten Begriff Partei gerecht, es sollen sich viele beteiligen, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Das Forum am 2. April ist daher vor allem dem Erfahrungsaustausch der Praktiker, der Motivation von Aktiven und der Multiplikation von Modellen und guten Ideen vorbehalten. Es soll die Akteure bestärken und aufzeigen, dass sich etwas bewegt. Es soll ermutigen, dass Veränderungsprozesse sich lohnen, es soll das gute Beispiel verbreiten und Lösungswege aus komplizierten Problemlagen vorstellen. In diesem Sinne sollen auf dem Forum Einleitungsbeiträge zu drei Schwerpunktthemen, der Mitgliederentwicklung, der Wahlkampffähigkeit sowie der Einnahmehöherung und Ausgabenreduzierung, jeweils konkretisiert mit Erfahrungsberichten, gehalten werden. In den anschließenden Workshops wird dann der Erfahrungsaustausch im Sinne einer Prozessberatung organisiert. Es geht also nicht darum, direkte oder vorgefertigte Lösungsvorschläge für bestimmte Probleme in den Workshops zu präsentieren, sondern vielmehr, die Teilnehmenden zu motivieren, eigene Lösungen entsprechend den konkreten Bedingungen vor Ort zu entwickeln. Im sachsen-anhaltischen Landesverband praktizieren wir seit dem Jahr 1999/2000

Elemente der Parteireform. So wird seitdem schrittweise die Organisationsstruktur und Zusammenarbeit der Gebietsverbände auf Regionalisierung umgestellt. Der erste Regionalverband Harz ist im Entstehen. Neue Kommunikationsbeziehungen werden schrittweise auf der Grundlage des Kommunikationskonzeptes entwickelt. Die ersten Gebietsverbände – so wie Quedlinburg und der Ohrekreis – haben eigene Kommunikationskonzepte entwickelt. Neue Projekte wie regionale und landesweite Neuentreffs werden durchgeführt. Auch neue Möglichkeiten der Mitwirkung von Genossinnen und Genossen, wie die Gruppe Ü18/U30, die BO Frühling, die BO Zukunft oder der Linke Unternehmerstammtisch „LUST“ haben sich entwickelt.

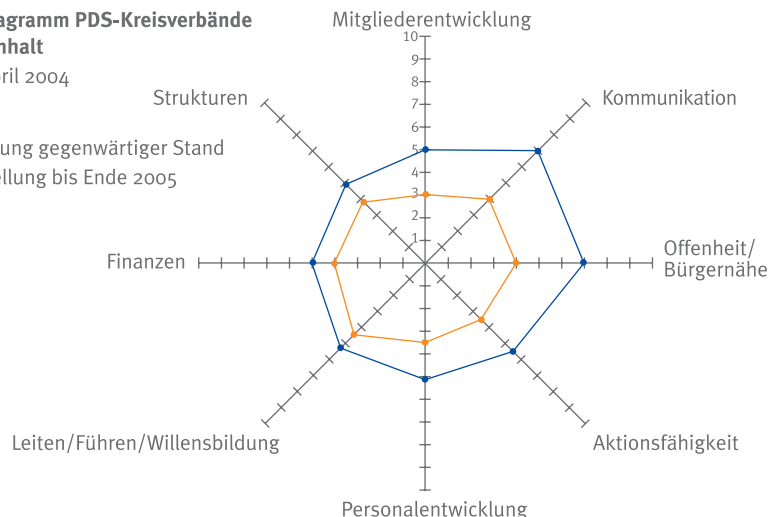
Leider geht das alles noch viel zu langsam. Zu oft wird die PDS nicht als Gesamtpartei gesehen. Zu oft diskutieren wir in unseren Veranstaltungen, warum etwas nicht geht, anstatt gemeinsam daran zu arbeiten, um Lösungen für oftmals bekannte Probleme zu finden. Die Umsetzung des vom Potsdamer Parteitag beschlossenen Leitbildes muss beschleunigt werden. Alle Genossen, Sympathisanten und Freunde sind aufgerufen, mit anzupacken. Bei der ersten Orientierung kann das Leitbild-Diagramm, erhältlich bei den PDS Geschäftsstellen, helfen. Auf ihm ist die Möglichkeit gegeben, jeweils auf einer Skala von 0 bis 10, für die acht wichtigsten Dimensionen der Parteireform den gegenwärtigen Stand in der eigenen BO oder im Kreisverband zu bewerten und Wege für eine Veränderung zu diskutieren, um ein selbst gestecktes Ziel zu erreichen. Wir benötigen einen richtigen Schub, der durch die Partei gehen muss, um uns jetzt zu rüsten, 2006 mit einer starken PDS-Fraktion in den Landtag von Sachsen-Anhalt und im Herbst in den Deutschen Bundestag einzuziehen.

Michael Entrich ist der Landesgeschäftsführer der PDS Sachsen-Anhalt.

Leitbild-Diagramm PDS-Kreisverbände Sachsen-Anhalt

Stand 5. April 2004

- Einschätzung gegenwärtiger Stand
- Zielvorstellung bis Ende 2005



Neue Aufgaben für die Europäische Linke

von Helmut Scholz

Schnee- und Regenschauer wechseln sich ab, der Wind fegt durch die Brüsseler Straßenschluchten. Auf der Suche nach einem geeigneten Mietobjekt für den ständigen Sitz der Partei der Europäischen Linken (EL) stehen wir – einige Mitglieder des Parteivorstandes vor einem älteren Reihenhaus in der Nähe des Europäischen Parlaments.

Das Büro, das wir suchen, soll zwei Arbeitsplätzen, Beratungs- und Gesprächsecken und Ausstellungen Platz bieten. Es soll Anlauf- und Kommunikationspunkt für Menschen in Brüssel und Belgien werden, die an linker Politik interessiert sind: Besucherinnen und Besucher der Stadt und der Institutionen der Europäischen Union (EU), Gewerkschafter und Aktivistinnen von NGO's oder die zahlreichen Lobbygruppen, die es in allen Bereichen – Menschenrechtspolitik, Umwelt-, Asyl- und Migrationspolitik – in immer größerer Zahl gibt. Überall gibt es heute eine EU-Öffentlichkeit, die die politische Linke ansprechen, deren Erwartungen an alternative Projekte für ein demokratisches, soziales, weltoffenes und friedliches Europa sie erfahren will. Warum also nicht Vernissagen von linken Künstlerinnen und Künstlern, Fotoschauen zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, kleine Gesprächsrunden oder theoretische Debatten im Büro der EL durchführen? Dazu wird auch die Präsentation der vielsprachig zu organisierenden Internetseite der EL gehören.

Auf dem Gründungskongress im Mai 2004 in Rom haben sich die Parteien darauf verständigt, dass die EL mehr sein soll als nur ein loser Dachverband von Parteien. Die EL will gemeinsam Politik entwickeln und in Politik eingreifen. In erster Linie zu zentralen Punkten der EU-Integration, z.B. zum EU-Verfassungsvertrag. Dazu wird sie eine Kampagne in den neun Ländern organisieren, wo ein Volksentscheid auf der Tagesordnung steht: beginnend mit Spanien am 20. Februar und



Frankreich im Mai. Natürlich wird sie ein Nein empfehlen. Gegen den EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt will sie ein dringend benötigtes Alternativkonzept für Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Bildung entwickeln. Sie ruft zum Kampf gegen die beabsichtigte EU-Dienstleistungsrichtlinie auf, die auf einen noch drastischeren Abbau des europäischen Sozialstaates abzielt.

Die Europäische Linke will sich ein Profil als eigenständiges politisches Subjekt erarbeiten. Und sich dabei selbstbewusst neben den anderen europäischen politischen Parteien in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Sie begreift die EU als ihren politischen Handlungsraum. Nicht alle linken Parteien in Europa sehen das so, weshalb auch nicht alle Mitglied oder Beobachter bei der EL werden wollen. In der EL haben sich Parteien wie Rifondazione comunista aus Italien oder die französische KP zusammengefunden, die die gemeinsame Politikentwicklung im Staatenverbund EU im Rahmen der globaler Verflechtungsprozesse vorantreiben wollen. Dabei geht es darum, strategische Aufgaben abzu-

stecken und aktuell in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen. Die EL braucht die strukturellen Voraussetzungen dafür, dass die Mitglieder und Sympathisanten aus den Mitglieds- und Beobachterparteien gemeinsam arbeiten: an alternativen Vorstellungen für das „andere Europa“, an konkreten Lösungen für die globalen Herausforderungen und natürlich vor Ort. Diese neue Kooperationsstruktur darf keine Sache der Parteibürokratie sein, sondern wird von der Aktivität der Mitgliedschaften leben. Deshalb bilden sich horizontale Strukturen in der EL, Arbeitsgruppen oder Netzwerke von interessierten Mitgliedern z.B. das bereits bestehende Frauennetzwerk oder eine Arbeitsgruppe zur Wirtschaftspolitik. Im Ergebnis des im März stattfindenden Treffens von Parlamentariern der EL in Potsdam soll eine Struktur ihrer ständigen Zusammenarbeit entstehen. All das, dazu der Arbeitsplan der EL für 2005 und viele andere Grundsatzpapiere sind auf der Internetseite der Partei nachzulesen.

All das muss natürlich finanziert werden – über EU-Haushaltsmittel, bereitgestellt durch das Europäische Parlament aus einem eigenständigen Haushaltstitel für europäische politische Parteien und – wie in EU-Europa üblich, wenn es um den zweckgebundenen Einsatz von Steuergeldern geht – durch einen 25 prozentigen Eigenbeitrag, der von jeder Mitgliedspartei erbracht werden muss. Auch deshalb der Parteitagbeschluss der PDS zu den Mitgliedsbeiträgen.

Vieles ist noch zu tun, damit wir auf dem 1. ordentlichen Kongress der EL im Oktober Bilanz ziehen und sagen können: Der Start ist geglückt. Jetzt machen wir gemeinsam Politik.

Homepage der EL: www.european-left.org
E-Mail: info@european-left.org

Helmut Scholz leitet das Referat Internationale Politik/ Internationale Verbindungen beim PDS Parteivorstand.

Ein Zahnarztzimmer für Kuba!

In Magdeburg ist auf Grund einer Praxisschließung ein komplettes Zahnarztbehandlungszimmer zur Entsorgung freigegeben worden. Geräte und sonstige Ausstattung sind in sehr gutem Zustand. In Kenntnis der schwierigen Lage des Gesundheitswesens in Kuba, wollen wir besagtes Zimmer dorthin verschiffen. Zielort ist das Klinikum in Amancio/Las Tunas. Abseits der bekannteren Zentren wie Havanna oder Santiago wollen wir Patienten und Ärzte dort unterstützen. Dafür bitten wir um Spenden – ermöglichen sie damit den Transport nach Kuba.

Mit dem Inventar des Arztzimmers ist der Container nicht zu 100 Prozent ausgelastet, darum bitten wir ebenfalls um Spenden von medizinischen Hilfsmitteln und Geräten. Benötigt werden z. B. Gehhilfen, Prothesen, Brillen, Medikamente (auch kurz vor dem Ablauf ihres Haltbarkeitsdatums).

Spenden bitte an:
Volksbank Magdeburg
KTO: 282 42 48
BLZ: 810 932 74
Verwendungszweck: Amancio

Kontakt: was bewegen e.V. – Verein zur Förderung emanzipatorischer Jugendarbeit, Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg
Infos: Herbert Thiemann Telefon: 0160/5288577 oder
Kommunikationszentrum der PDS Telefon: 0391/744 79 24

Spenden sind steuerlich absetzbar,
VR 1655 beim Amtsgericht Magdeburg,
St-Nr.: 102 / 142 / 04180 K242

SPENDENAUFTRUF

Die Stadt als Rückgewinnung des Politischen

von Edda Rydzy

Halle ist angetreten, um 2010 Kulturhauptstadt Europas zu werden. Mitte Januar war die Stadt Gastgeberin des 3. Internationalen Kolloquiums zur Zukunft der Kulturhauptstädte Europas. Die Serie von insgesamt fünf Kolloquien bilden den Kern eines Projekts, das die Deutsche Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung in Kooperation mit der Kulturstiftung des Bundes sowie mit zehn deutschen und zehn ungarischen Bewerberstädten durchführt. Als Gastgeberin für 60 europäische Experten hat Halle Gastfreundschaft, Herzlichkeit und beeindruckende Innovationskultur bewiesen.

Rückblickend möchte man sagen: Bedanken Sie sich bei Kohl. Letztlich ist er schuld – an von ihm freilich unbeabsichtigten Entwicklungen. Als Deutschland für 1999 eine europäische Kulturhauptstadt nach Brüssel melden durfte, war für ihn die Lage übersichtlich. Er konnte per Kanzlerwort entscheiden. Das hieß dann Weimar. Dahinter stand eine Summe von Kalkülen: In den 99er Landtagswahlen waren Sympathieverluste der CDU auszugleichen. Kohl's Image litt unter dem mangelnden Anschein blühender Landschaften im Osten. Solcher Anschein sollte wenigstens punktuell hergestellt werden. Dazu bot eine Kleinstadt wie Weimar eine Chance. Mit dem per Kulturhauptstadt verfügbaren und zu

mobilisierenden Finanzvolumen ließ es sich – anders als eine Großstadt – in kürzester Zeit zu einem Kleinod aufpolieren. Die Berufung auf die Klassiker verlockte zudem – als Kitt im sperrigen Fortgang der deutschen Einheit. Was sie tatsächlich wurde, wie sich auch die Hoffnung auf eine Stärkung Vogels bei den Landtagswahlen 1999 erfüllte.

Alles andere nahm einen eigenen Gang; beginnend damit, dass man den Jesuitenschüler und Kulturbeamten Bernd Kauffmann zum Intendanten bestellte. Man traute ihm Souveränität über den zu erwartenden Stress zu, kaum aber eine grundsätzliche Störfunktion. Zweiteres erwies sich als Fehlannahme. Statt Weimar sich weiter im Abglanz und geruhsamen Humanismus der Klassiker sonnen zu lassen, erzeugte Kauffmann keimtreibende Reibung. Mit der Zeitschneise zwischen der dichtungstrunkenen Stadt und dem

Konzentrationslager Buchenwald artikulierte er die Janusköpfigkeit deutscher Kultur in der Moderne. Bei der Doublette des Goetheschen Gartenhauses ging es nicht mehr nur um Kopien und die Reproduzierbarkeit von Kunstwerken. Es ging um die allgemeine

gesellschaftliche Möglichkeit des Kopierens – bis in die Alltage der Zeitschichten. Die Frage nach der Aura des Kunstwerks stellte sich drängend als Frage nach der Würde des einmaligen unverwechselbaren Menschen. So sinnfällig wollten die meisten sich dem Zusammenhang von Kunst, Forschung und Menschlichkeit im Zeitalter des Klons nicht ausgesetzt sehen. Ein Aufschrei ging um. Doch nicht nur der internationale und touristische Erfolg gaben Kauffmann Recht.

Aus Kohls Entscheidung für Weimar blieb für die Kulturhauptstadt 2010: es geht freilich auch diesmal um Prestige, Politik und Geld – aber unter anderen Voraussetzungen. Selbst wenn es ein System Schröder gäbe, in dem sich in irgendeiner Frage von Belang etwas auf dem kurzen Weg durchstellen ließe: hinsichtlich der Kulturhauptstadt 2010 wäre das ausgeschlossen. Der autokratische Fingerzeig auf

„... die Janusköpfigkeit deutscher Kultur in der Moderne“

Weimar hat das kulturelle Selbstbewusstsein vieler deutscher Mittelstädte auf den Plan gerufen. Denn wären Metropolen wie Hamburg und München oder eine in Glanz und Trauma singuläre Kultur Großstadt wie Dresden der Maßstab gewesen, dann hätte sich die Frage „Was hat Weimar, was wir nicht haben?“ gar nicht erst gestellt. Kassel, Görlitz, Bamberg, Augsburg, Osnabrück, Münster, Potsdam, Lübeck, Regensburg, Halle, Dessau/Wittenberg, Braunschweig und Karlsruhe hätten nicht Anlass zu der Antwort gehabt: europäisch und kulturbeladen wie Weimar sind wir allemal. Vermutlich wäre alles einfacher gewesen – und manche Entwicklung, die zu Hoffnungen berechtigt, wäre ausgeblieben.

Die Weimarer Weichenstellung zieht einen langfristigen kulturellen Verständigungsprozess nach sich, der allein in den Bewerberstädten mehr als fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger berührt. Darin wird abgewogen, was die Städte in ihrer Geschichte und Gegenwart kulturell kennzeichnet, worin ihre europäische Qualität besteht und: wie das Leben in den Städten künftig bewusst als Leben in Europa gestaltet werden kann. Basisfragen städtischer Gemeinschaft wie der Gesellschaft überhaupt werden öffentlich diskutiert. Das ist lebendige Öffentlichkeit, piazza del popolo statt Zuschauerdemokratie. Ein kultureller Prozess erweist sich damit nicht nur als Movers städtischer Entwicklung, sondern als Rückgewinnung des Politischen.

Auch außerhalb der Städte werden die Inhalte der neuen Diskussionen wahrgenommen. Inzwischen ist eine bundesweite Öffentlichkeit für dieses kulturelle Engagement entstanden. Es stellt das föderale System Deutschlands vor eine neue Herausforde-





So teuer wie heuer war guter Rat im Bundesrat selten. Qua Gesetz muss er entscheiden, wer nach Brüssel (das dann die letzte Entscheidung trifft) gemeldet wird. Dabei beobachtet ihn ein kulturell ambitionierter repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung, quer durch die politischen Lager, Regionen und Berufsgruppen. Erwägungen, wie sie vor Jahren Kohl geleitet haben, helfen nicht. Mit einer Entscheidung, die sich lediglich den parteipolitischen Mehrheiten im Bundesrat verdankt, würde dieser sich selbst disqualifizieren. Er hat die methodische Klarheit bewiesen, auf dem Weg über die Kultusministerkonferenz eine Jury zu berufen. Da die Bewerberstädte miteinander konkurrieren, sind sie zu Leistungen herausgefordert, die die Maßstäbe der jetzigen Brüsseler Kriterien für die Kulturhauptstädte Europas weit überragen. Die Jury und der Bundesrat

3. Huy-Burgen-Lauf

Sachsen-Anhalt gilt als Land der Burgen und Schlösser. Davon hat auch die Gegend am Huy, ein kleiner Höhenzug, etwas zu bieten. Weithin bekannte Objekte, wie die Schlanstedter Burg, die 307 m hoch gelegene Huysburg, das Wasserschloss Westerburg, der historische Ströbecker Dorfkern, die zahlreichen Mühlen oder die geologischen Formationen der Gletschertöpfe, sind einige Beispiele für touristische Attraktionen.

In den 80er Jahren wurden in Athenstedt und Schlanstedt regelmäßig einmal im Jahr der Huywaldlauf und der Hermann-Duncker-Gedenklaf gestartet. Obwohl diese Läufe nur von regionaler Bedeutung waren, fanden sie einen großen Zuspruch mit bis zu 500 Teilnehmern.

Auch aus dieser Tradition heraus entstand die Projektidee, „Huy-Burgen-Lauf“. Ein Etappenlauf, welcher die gesamte Huy-Region umfasst und tourismusfördernde Ausstrahlung besitzt.

haben bei ihrer Entscheidung Entwicklungen zu reflektieren, denen die politischen Gremien weder in Deutschland noch in Europa so schnell Rechnung tragen konnten.

Halle steht exemplarisch für den erreichten Qualitätssprung. Es genügt nun nicht mehr, seine Architektur, Infrastruktur, Kultureinrichtungen und Kunstschatze aufzumöbeln und ins rechte Licht zu setzen. Im Diskussionsprozess der ungarischen und deutschen Bewerberstädte zeichnet sich ab: der künftige Maßstab von Kulturhauptstädten Europas wird wohl darin bestehen, ob sie vor Ort in der Lage sind, Gestaltungskraft zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte zu entfalten und die kulturellen und kulturpolitischen Instrumentarien und Methoden dazu zu entwickeln.

In schöner Gelassenheit nimmt Halle sein größtes Problem – das schrumpfende Neustadt – zum Bestandteil seines Bewerbungskonzepts. Die Experten des Internationalen Kolloquiums im Januar zeigten sich zu recht beeindruckt von der sozialen und fachlichen Intelligenz der Stadtentwicklung. Kultur und Kulturpolitik erweisen sich hier als ständig erneuerbare soziale Ressource, auf die die Gesellschaft zur Lösung ihrer Probleme zugreifen kann. Dass die Oberbürgermeisterin von Halle sie unabhängig vom Titelgewinn im Kerngeschäft ihres Handelns sieht, ermutigt weit über Halle hinaus. Kultur wird nicht als weicher Standortfaktor behandelt, sondern als flexible Kraft. Das verdient, ein moderner gemeinsamer kultureller Standard in der größeren Europäischen Union zu werden.

Edda Rydzy ist Geschäftsführerin der Deutschen Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung.

Der Lauf durchquert an zwei Tagen viele Ortschaften, die verschiedensten Landschaften und Sehenswürdigkeiten. Der 3.Huy-Burgen-Lauf findet am 7. und 8. Mai 2005 statt, mit der Neuerung, dass auch Walker/Nordic Walker an beiden Tagen mit jeweils 9,5 km dabei sind.

Veranstalter ist der Förderverein Internationales Sport- und Bildungszentrum Halberstadt e.V. (ISBZ).

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.huy-burgenlauf.de

oder bei

Rainard Mühlhaus,
Breitestr.34,
38838 Schlanstedt

Tel: 039401/5 04 92

Termine der PDS Sachsen-Anhalt

5. März 2005, 10.00 Uhr, BTM Magdeburg, Rogätzer Str. 8 – Beratung mit den Kreisvorsitzenden und Kreistagsfraktionsvorsitzenden zur Gebietsreform

6. März 2005, Friedensweg OFFENE HEiDe

7. März 2005, 15.00 Uhr, KIZ, Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, Sprechstunde mit Dr. Rosemarie Hein (Mdl)

27. März 2005, Friedensweg OFFENE HEiDe und Ostermarsch

29. März 2005, 18.30 Uhr, Halle, Blumenstr. 16, Landesvorstandssitzung

2. April 2005, 10.00 Uhr, BTM Magdeburg, Rogätzer Str. 8, Forum zur Parteireform

6. April 2005, Konferenz zu Perspektiven von Tarifverträgen

6. April 2005, 17.00 Uhr, KIZ, Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, Forum mit Hans Modrow

9. April 2005, 9.30 Uhr, Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, Sitzung des Landesparteiirates

16. April 2005, Beratung Landesfinanzrat

23. April 2005, 10.00 Uhr, Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, Landesvorstandssitzung

25. April 2005, 19.00 Uhr, Kulturhaus der Stadt Weißenfels, Merseburger Straße – Veranstaltung des PDS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus

1. Mai 2005, Friedensweg OFFENE HEiDe

4. Mai 2005, 10.00 – 18.00 Uhr, Magdeburg, Konferenz der Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt unter Mitwirkung des Bildungsvereins Elbe-Saale e.V. zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zum Thema „Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen und deren Widerspiegelung in der Gedenkkultur“
Näheres unter www.pdslsa-lt.de oder
Tel.: 0391/560 50 16

Wo kriegen wir bloß die Weiber her?!

von Dr. Marlene Neuber

Immer, wenn ich in einer „gemischten“ Gesellschaft etwas über Gleichstellungspolitik sage, wirken die Mienen anwesender Männer etwas erstarrt, so als redete ich über etwas total Nebensächliches, Peinliches, das aber leider angehört werden muss...

Dabei sind ja die „wilden Jahre“ der Lisa vorbei, unsere heftigen Forderungen und die entsprechenden Reaktionen längst verklungen. Erfolg hatte dieser Streit insofern, als dass im Statut eine Quotierung der Kandidatenlisten für innerparteiliche und den Wahlen zu parlamentarischen Vertretungen festgehalten ist und die PDS bei den letzten Kommunalwahlen sogar das angestrebte Frauenquorum der CDU von 30 Prozent tatsächlich erreicht hat. Ganz zu schweigen von der Wahl zum Europaparlament, wo Spitzenplätze nach Reißverschlussprinzip von Frauen besetzt waren. Wäre das kein Grund nun endlich zufrieden zu sein und auch mal einer Aufhebung der Quotierung kompetenten Männern zuliebe zuzustimmen? Haben wir doch inzwischen auch gelernt, unsere Anliegen diplomatischer auszudrücken und auch einmal nachzugeben. Jedoch begann mit der innerparteilichen Diplomatie bei mancher auch der innere, später generell der Rückzug. Wer hält es schon auf die Dauer aus, sich für Dinge einzusetzen, die keiner so richtig ernst nimmt?!

Stehen jedoch Wahlen ins Haus, gerät das Nebenproblem plötzlich zu einem Hauptproblem, eben wegen des Statuts, wonach die Frauen sogar die ungeraden Plätze einnehmen sollen und es erhebt sich die beunruhigende Frage, wo und wie man geeignete Frauen findet, die bereit sind zu kandidieren. Eingedenk solcher Schwierigkeiten verschickte Heidrun Tannenbergr im Auftrag der Lisa bereits Ende April 2004 eine Anfrage zur Quotierung der Wahllisten an Stadt- und Kreisvorstände, Geschäftsführer bzw. auch Wahlleitungen der PDS in Sachsen-Anhalt. Antwort kam lediglich aus Weißenfels, dem Burgenlandkreis und aus Quedlinburg. Die anderen übersahen entweder die Mails im Wahlkampfgetümmel, hielten nichts von dem Thema oder es war bei ihnen alles schon so in Ordnung, dass sich die Antwort erübrigte. Keiner reagierte auf die wohl wichtigste Frage, welche Anstrengungen seit der letzten Kommunalwahl unternommen wurden, Frauen eine Kandidatur für die PDS attraktiv erscheinen zu lassen.

So konnte denn nach der Wahl das Frauenproblem generell wieder in der Schublade für weniger wichtige Dinge verschwinden. Die kritische und (zu Recht) optimistische Ersteinschätzung der Europa- und Kommunalwahl 2004 von Martin Reso enthält kein Wort über das Geschlechterverhältnis in den neugewählten Vertretungen oder gar das Verhalten der Wählerinnen und Wähler in dieser Angelegenheit. Wesentlich mehr erfahren wir darü-



ber aus der Analyse der Wahlstatistik von Halina Anton (Stadt und Kreis Merseburg). Hier gibt es eine geschlechtsdifferenzierte Statistik des alten wie auch des neugewählten Stadtrats und Kreistags und einen Vergleich der Listenplätze der Frauen auf den Wahlscheinen mit ihrem Platz nach der Wahl (Stadtrat Merseburg). Es ergibt sich, dass mehrere von ihnen infolge des WählerInnen-votums erheblich vorrücken konnten. Trauen die BürgerInnen den Frauen mehr zu als die eigenen Parteien?

Auch bei der PDS ist der Anteil der gewählten Stadträtinnen höher als auf der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten. Insgesamt ist der Frauenanteil im Stadtrat Merseburg im Vergleich zu 1999 der gleiche geblieben. Dies trifft jedoch weder auf den Kreistag, noch auf die Vertretungen anderer Städte und Kreise zu, wo der Anteil gesunken ist. Die PDS-Fraktionen bilden dabei zwar eine Ausnahme, allerdings ist auch dort, besonders in den Kreistagen, der Frauenanteil zu gering: Weißenfels Kreis 20 Prozent, Burgenlandkreis 30 Prozent, Kreis Quedlinburg 31 Prozent. Deshalb lohnt es, ähnliche Untersuchungen wie die von Halina Anton auch in anderen Kommunen vorzunehmen, um zu einem verallgemeinerungsfähigen Urteil zu kommen.

Eigentlich ist es ein Widerspruch: Einerseits wird durch Sparpolitik und Hartz-Gesetze die Benachteiligung der Frauen verschärft, andererseits scheint deren politisches Engagement zurück zu gehen. Ist das wirklich so? Eines stimmt: Frauen entschließen sich schwerer, verantwortungsvolle Ämter in Parteien und Parlamenten zu übernehmen; die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren, bietet für die meisten allein noch keinen Anreiz. Andererseits ist nicht zu leugnen: Zahlreiche Frauen engagieren sich in Vereinen und Verbänden, arbeiten an (Frauen-)Projekten, beteiligen sich phantasievoll an politischen Initiativen und Protesten. Was hindert sie also daran, auch in Wahlfunktionen für eigene Interessen zu streiten? Solche Gründe zu nennen, waren Lisa-Frauen in Sachsen-Anhalt aufgefordert. Was erfahren wir aus den Zuschriften?

Da ist die traditionsgemäß höhere Belastung durch Familienarbeit, gesundheitliche Probleme, eingeschränkte Mobilität (über das Automobil verfügt in erster Linie der Mann!), der finanzielle Aufwand für öffentliche Verkehrsmittel und die außerhalb des eigenen Haushalts teurere Verpflegung. Eine wichtige Rolle spielen aber auch die wesentlich kritischere Haltung gegenüber der eigenen Kompetenz sowie Unverständnis für das Agieren mancher Amts- und Mandatsträger „hinter den Kulissen“ und Verärgerung darüber. Frauen brauchen also mehr Bestärkung in ihrem Handeln und die finden sie eben in den Fraueninitiativen, in denen sie tätig sind. Und genau dort sind sie auch selbst zu finden, engagierte Frauen, die alles andere als davon träumen, sich von einem Mann „verwöhnen“ zu lassen. Und genau dort sollten verantwortliche Genossinnen und Genossen sie auch suchen, bei den Initiativen, bei den Verbänden, rechtzeitig, lange vor den Wahlen; denn Frauen brauchen eben eine längere Anlaufzeit, ehe sie sich für eine verantwortungsvolle Funktion entschließen. Müssen sie doch davor mehrmals über den eigenen Schatten springen. Und es reicht auch nicht die bloße Anwesenheit bei öffentlichen Frauenaktionen, Zuhören ist gefragt, Hineindenken in die Probleme, Hineinfühlen...

Insbesondere sollten wir uns, gerade, wenn es um junge und kompetente Frauen geht, um Studentinnen und erst recht um Stipendiatinnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung kümmern, sich für ihren Werdegang interessieren, sie in die Politik einbeziehen, ihre Potenziale nutzen und sie dann auch wegen einer Kandidatur ansprechen. Andere Parteien tun das bereits und lassen ihre Ressourcen nicht brach liegen.

Dies alles erfordert eben auch im Denken und Handeln einen Sprung über den Schatten einer Jahrtausende alten Abwertung und Unterdrückung der Frauen, die diese dabei sind mühevoll, aber auch mit Erfolg zu überwinden.

Dr. Marlene Neuber ist aktiv in der Frauengemeinschaft LISA der PDS.

Sprachrohr der „Neuen Rechten“ – Eine Annäherung an die „Junge Freiheit“

von Olga-Sophie Ennulat

Bei einem oberflächlichen Blick in die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) wird manchem anfangs nichts Besonderes auffallen. Bei näherem Betrachten und Lesen wird der ein oder andere bemerken, dass die 1986 gegründete Zeitung patriotisch und sehr konservativ auftritt. Einige werden beim Lesen der Artikel vielleicht zustimmend nicken. Einiges erscheint wohl im ersten Augenblick gar nicht so abwegig.

Reduziert man die Texte auf ihre Grundaussage und liest auch zwischen den Zeilen, wird man in 99 Prozent der abgedruckten Artikel immer wiederkehrende rechte Kerngedanken finden. Verpackt in professionelles Layout und propagandistisch wohl dosiert versucht sie, ihr Image aufzupolieren und Leser zu gewinnen. Im Bemühen seriös zu wirken und von Personen aus dem demokratischen Spektrum ernst genommen zu werden, findet sich in der JF selten vordergründige Propaganda. Sie nähert sich dem gewünschten Erfolg eher subtil. So kommt es der JF sehr gelegen, wenn sich Personen aus dem öffentlichen Leben dazu bereit erklären, Texte beizutragen und Interviews zu geben. Auf diese berufen sie sich dann werbewirksam.¹ In Imagebroschüren präsentiert sich die JF als eine Zeitung, die von finanzstarken Bildungseliten gelesen wird, um damit auch Werbekunden zu überzeugen. Ebenso offensiv wird gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen seit 1994 protestiert.²

„In der Jungen Freiheit findet man all die wichtigen Dinge, die man in der FAZ vergebens sucht.“ So wirbt der Schweizer Philosoph und Publizist Armin Mohler (1920–2003) für das Wochenblatt.³ Er ist in erster Linie durch seine Monographie zur „Konservativen Revolution“ bekannt. In der zugrundeliegenden Dissertation von 1949 fasst Mohler die antidemokratischen, reaktionären und deutschnationalen Strömungen der Weimarer Republik mit dem Begriff der Konservativen Revolution zusammen. Deren Vertreter, Gegner der parlamentarischen Demokratie von Weimar, liefern ideologische Vorarbeiten des Faschismus, ohne insgesamt in der nationalsozialistischen Ideologie aufzugehen. Der immer wieder in der JF praktizierte Rückgriff auf Protagonisten der „Konservativen Revolution“ eignet sich daher hervorragend als Scharnier zwischen bürgerlichem Konservatismus und der extremen Rechten.

Mohler selbst ist dafür Beispiel. Er erhält 1967 den Konrad-Adenauer-Preis und schreibt unter dem Pseudonym Michael Hinterwald für die rechtsextreme Deutsche National Zeitung. In seinen Veröffentlichungen wird immer wieder deutlich, dass er den Ausgang des Krieges für Deutschland und die ver-

schämte Haltung der Deutschen ihrer Vergangenheit gegenüber bedauerte.⁴

Die JF ist eines der wichtigsten Sprachrohre und Foren der so genannten Neuen Rechten. Regelmäßig werden rechtsextreme Publikationen wie „Nation und Europa“, „Deutsche Monatshefte“ und „Unabhängige Nachrichten“ sowie Bücher von Alain de Benoist beworben. Benoist, Jahrgang 1943, ist Kopf der französischen „Nouvelle Droite“ („Neuen Rechten“) und Chefredakteur der Zeitschriften „Nouvelle Ecole“ und „Krisis“. Auch er schlägt die Brücke zwischen konservativen und rechtsextremen Lager. Er ist Preisträger der Academie francaise. In den 70er Jahren gelang es dem rechtsextremen Intellektuellenzirkel um Benoist immer wieder mit Beiträgen in seriösen Tageszeitungen in Erscheinung zu treten. Benoist arbeitete u.a. auch mit Armin Mohler zusammen.⁵

Die JF kennzeichnet »ein grundlegender Antiliberalismus, der mit Elite-Denken, Kritik am parlamentarischen System und Ablehnung der Idee von den allgemeinen Menschenrechten verbunden ist. Die Zeitung vertritt einen ausgrenzenden Nationalismus, der auf Prinzipien des sogenannten Ethnopluralismus – einer Modernisierung und Modifikation des rassistischen Weltbildes – beruht. Vor diesem Hintergrund tauchen Ausländer und deutsche Staatsbürger mit Einwanderungshintergründen in der Regel als Störfaktor auf, die die ethnische Homogenität Deutschlands bedrohen. Die häufig distanzlose Berichterstattung über die Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien und Organisationen sind weitere Anhaltspunkte für die ideologische Verortung der Zeitungsmacher.«⁶

Ich denke, es ist sehr wichtig über die Bewegung der „Neuen Rechten“ zu informieren. Denn gerade ihre scheinbar seriöse und demokratische Vorgehensweise und die Tatsache, dass immer mehr Persönlichkeiten des demokratischen Spektrums bereit sind ihnen Interviews zu geben, drängen die Frage nach den Schnittstellen in der Gesellschaft auf. Dass Nazis nicht nur an Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln erkennbar sind, sondern in Landtagen, Kommunalparlamenten und Verlagen präsent sind, macht sie so gefährlich!

Olga-Sophie Ennulat ist Gymnasiastin in Magdeburg.

1/5/6 <http://www.im.nrw.de/sch/347.htm>

2 Thomas Pfeiffer (2003): Junge Freiheit: Protestkampagne, online unter: www.hagalil.com, [Stand: 10.02.2005]

3 a.a.O.

4 Armin Mohler – Wikipedia, online unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Armin_Mohler [Stand 10.02.2005]

Termine des Bildungsvereins Elbe-Saale

9. März 2005, 15.30 Uhr,
Bürgerhaus „alternativE“ in Halle, Gustav-Bachmann-Str. 33
„Rote Gentechnologie – Was ist heute im medizinischen Bereich möglich?“

11. März 2005, 20.00 Uhr,
Kulturzentrum Feuerwache in Magdeburg, Halberstädter Straße 140
„Wir leben trotzdem“ – Lesung und Konzert mit Esther Bejarano und der Gruppe „Coincidence“
Esther Bejarano ist Überlebende des Vernichtungs- und Konzentrationslagers Auschwitz. Sie was Mitglied des Mädchenorchesters in Auschwitz.

14. März 2005, 15.00 Uhr,
Altenbetreuungszentrum des ASB in Magdeburg, Florian-Geyer-Str. 55
„Einwanderungsland Deutschland“

16. März 2005, 17.00 Uhr,
KIZ, Magdeburg, Ebendorfer Str. 3
„Christen und Atheisten – unterschiedliche Ausgangspunkte – gemeinsame Alternativen für die Zukunft“ – Forum u.a. mit Giselherr Quast

17. März 2005, 16.30 Uhr,
Haus der Gewerkschaften Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 6
„Gegen die EU-Verfassung ist Druck von unten notwendig! – Ja zu Europa – Nein zur EU-Verfassung“

21. März 2005, 18.30 Uhr, Halle,
Lesesaal des neuen theater
„Liberalisierung der Bildung auf europäischer und internationaler Ebene“ – mit Dr. A. Klein und attac Halle

16. April 2005, Magdeburg,
Landtag, Domplatz
Gemeinsame Konferenz mit der Landtagsfraktion der PDS zu kommunalpolitischen Aspekten demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt

24. April 2005, Magdeburg,
Literaturhaus, Thiemstraße
Lesung und Gespräch zum Film „Ich war neunzehn“ mit Wladimir Gall

Kontakt und Information zu allen Veranstaltungen:

E-Mail: bildungsverein.elbe-saale@t-online.de,
Telefon: 0391/732 49 80

Die Antikriegsgruppe Magdeburg

von Jan Kummerfeld

Während der öffentlichen Vorbereitung des Irakkrieges, gegen den weltweit protestiert wurde, fiel einigen Studenten in Magdeburg auf, dass es weder auf dem Universitäts- noch auf dem Campus der Fachhochschule Magdeburg-Stendal ein Forum gab, wo sich darüber austauscht und „etwas gemacht“ werden konnte. So fragten sie auf Plakaten, warum es keine Antikriegsgruppe gab und wollten zu einem gesetzten Termin dazu Antworten finden. Diese Plakate haben sie auf dem Campus aufgehängt und gehofft, dass Interessierte zu dem Treffen erscheinen würden. So gründete sich im Februar 2003 die Antikriegsgruppe (AKG).

Das ist jetzt mehr als zwei Jahre her. Während zu Beginn noch ein halbes Dutzend Friedensinteressierte die AKG ausmachten, hat sich die Mitgliederzahl mittlerweile vervielfacht. In

Bezug auf das Ziel, eine Plattform für Diskussion und Aktion zu bieten, wurde auch schon einiges erreicht. So organisierte die AKG unter anderem den Ostermarsch 2004 mit. Im Rahmen einer gemeinsamen Friedensstour von Palästinensern und Israelis lud sie Friedensaktivisten aus dem Nahen Osten ein, die in Abendveranstaltungen und einer Vorlesung ihre auf Kooperation setzende Projekte vorstellten. Spaß und Friedensarbeit wurden bei den veranstalteten Friedensnächten, unter anderem mit und zugunsten von „Unicef“, „Amnesty International“ oder den „Frauen in Schwarz“ verbunden. Rund um die Information werden bei diesen Nächten jedesmal auch Musik, Theater oder eigene Filme angeboten. Auch bei einer Firmenpräsentation von Rüstungsfirmen an der Universität informierte die AKG über deren Geschäfte am Krieg.

Außerdem zeigt die AKG während der Studiensemester jede zweite Woche einen Dokumentarfilm, um im Bewusstsein globaler Zusammenhänge über die Hintergründe regionaler Konflikte zu informieren. Im Moment liegt dabei der Fokus auf Lateinamerika. Bei den sich anschließenden informellen Diskussionen profitiert die AKG vom internationalen Austausch an und um die Uni. So konnten die Filmabendgäste mehrmals von persönlich Betroffenen erfahren, inwiefern die filmische Darstellung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Daneben wird ein eigenes Film- und Zeitungsarchiv gepflegt und ständig erweitert.

Auch in Zukunft hat die AKG noch einiges mehr vor. Neben weiteren Friedensnächten, Dokumentarabenden, Kooperationen mit anderen Gruppen und spontanen Aktionen soll es nun auch eine Theatergruppe geben, die, wenn alles klappt, bei verschiedenen Gelegenheiten in Zukunft eigene Stücke gegen den Krieg aufzuführen wird. Außerdem wollen die Studenten an ihrer eigenen Universität recherchieren, ob und wenn, wo in Magdeburg Kriegsforschung betrieben wird. Denn die AKG setzt sich für eine ausschließlich zivile Forschung ein.

Etwas ändern und sich für den Frieden einsetzen kann jeder wenn man weiß wie. Wer daher jetzt Lust bekommen hat bei der AKG mitzumachen, kann dies selbstverständlich tun. Wir können noch viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter gebrauchen. Auch wenn die meisten Aktiven Studierende sind, ist die Gruppe für jeden offen.

Nähere Infos zur AKG und Kontakt unter www.antikriegsgruppe.de

Jan Kummerfeld ist Aktivist der Antikriegsgruppe Magdeburg.



Der diesjährige Ostermarsch in Sachsen-Anhalt steht unter der Hauptaussage des Schwures von Buchenwald „*Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg*“ als Hauptaussage gewählt. Vor der Mahn- und Gedenkstätte Feldscheune Isenschubbe in Gardelegen wollen die Teilnehmer daran erinnern, dass vor 60 Jahren die Völker Europas vom Krieg, vom Rassenwahn und von den Weltherrschaftsplänen des deutschen Faschismus befreit wurden. Nach einem Gedenken an der Feldscheune und einer ökumenischen Andacht am Gräberfeld gehen die Teilnehmer des Ostermarsches in einem Demonstrationszug in die Stadt.

Mit der Friedensaktion „*Besser leben ohne Militär*“ auf dem Rathausplatz in Gardelegen wollen die Heideaktivisten sichtbar machen, dass die Colbitz-Letzlinger Heide als Naturschutz- und Erholungsgebiet für sanften Tourismus viele Arbeitsplätze schaffen würde und das Militär die zivilen und die nachhaltig wirtschaftlichen Entwicklungschancen in Sachsen-Anhalt behindert. Beim Ostermarsch werden Firmen und Initiativen Beispiele zeigen, wie Konversion und ziviles Engagement die besseren Lösungen bieten. Auf der Aktionsbühne gestalten Künstler und Redner dieses Thema.

Mit dem Fahrrad können sich Enthusiasten bereits 6:45 Uhr von Magdeburg auf den Weg machen. (Kontakt F. Beier, Tel.: 0391/731 64 20) Etwas leichter wird die RadTour, wenn man mit der Bahn nach Haldensleben fährt und dort um 8:30 Uhr mit dem Pulk nach Gardelegen weiter radelt. Ein Autokorso startet um 10 Uhr vom Domplatz Magdeburg. (Mitfahrbörse: 0160/367 18 96)

OSTERMARSCH 2005

Mitmischen ist angesagt! – Die Wittenberger Jugendgruppe der PDS stellt sich vor

von Marcel Wiebach



Wittenberg. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit gehört „Jugendengagement“ wohl zu einem der Schlagwörter der PDS. Zuerst denkt man dabei sicherlich an Engagement für die Jugend, doch um sich auch für den jungen Teil der Gesellschaft einsetzen zu können, braucht man vor allem eins: eine engagierte Jugend. Und für diesen Prozess aus gegenseitigem Interesse und Engagement läuft im Kreisverband Wittenberg gerade ein Paradebeispiel an.

Die PDS im Landkreis Wittenberg hat ein offenes Ohr für die Jugend. Und so kam es in den letzten Jahren wieder zu einem recht beträchtlichem Zulauf von Jugendlichen zur Partei. Dies spiegelte sich vor allem in den Kandidatenlisten für die Kommunalwahlen 2004 wider. Leider kamen nur wenige junge Leute in den Genuss, das Vertrauen des Wählers geschenkt zu bekommen. Aber die Partei reagierte vor-

„Auch die Partei profitiert von den Jugendlichen.“

bildlich. Viele der jugendlichen Kandidatinnen und Kandidaten wurden mit Mandaten für den Kreisparteitag, in den Ortsvorständen und auch im Kreisvorstand „belohnt“. So gehen derzeit im Wittenberger Kreisvorstand mit drei von zwölf immerhin ein Viertel aller Stimmen an die Kategorie „unter 21“.

Auch die Partei profitiert von den Jugendlichen. So treffen sich zur Zeit jeden Monat, immer eine Woche vor den Kreisvorstandssitzungen, ca. zehn junge und jung gebliebene Politikinteressierte, um ihre gesteckten Ziele zu erreichen. Und diese können sich sehen lassen: Der erste und wichtigste Punkt war, wie sinnvoll und aktiv gegen Rechts gearbeitet werden kann. Als erstes hat Matthias Gärtner (MdL) über aktuelle Entwicklungen der rechten Szene berichtet und dabei konnte

man zum Beispiel erfahren, dass es wieder eine aktive Kameradschaft in der Region Anhalt gibt, danach kamen aus dem Publikum Infos über das verstärkte Auftreten der Rech-

von der PDS-Jugend-Wittenberg in Eigenregie erarbeitet werden. Des Weiteren ist eine Veranstaltung in den Räumen der KZ-Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin geplant.

„So gehen derzeit im Wittenberger Kreisvorstand mit drei von zwölf immerhin ein Viertel aller Stimmen an die Kategorie „unter 21“.“

ten. Nun kann man diese absolute Gefahr für unsere Gesellschaft nicht einfach mit dem Analysieren der Probleme und Ursachen aus der Welt schaffen. Aus diesem Grund kam es bei den Gästen in der PDS-Kreisgeschäftsstelle zu einem Brainstorming, mit dem Ergebnis zwei konkret zu planender Projekte.

Das erste Projekt soll sich vor allem um die Aufklärungs- und Toleranzarbeit an den Schulen, die „dank“ unserer Landesregierung und der Mittelkürzung für „Miteinander e.V.“ fast am Erliegen ist, kümmern. Zu diesem Zweck wurde ein Team gebildet, das die ersten Ideen sammelt, sowie Kontakt zu „Solid“ und anderen linken Partnern knüpft.

Etwas sportlicher geht es im anderen Projekt zu. Hier wollen die Jugendlichen mit dem Fahrrad bestimmte Stationen der Nazi-Zeit anfahren. Fachkundige und eventuell sogar Zeitzeugen sollen über die Gräueltaten berichten und mit den Interessierten darüber reden. Auch hierfür wurde wieder ein „Vorab-informationsteam“ gebildet und wie für das andere Team gibt es aber auch hier das gleiche Problem. Fast alle Jugendliche stoßen bei diesem Projekt auf absolutes Neuland, denn kaum einer hat sich jemals so intensiv mit antifaschistischer Aufklärungsarbeit für die Öffentlichkeit beschäftigt. Es sollte aber für diese tatkräftigen Akteure kein Hindernis sein dieses zu bewältigen, denn schließlich wächst man ja mit seinen Aufgaben. Und gestandene Mitglieder des Kreisvorstandes werden sicherlich den Jugendlichen mit Tipps und Ideen helfen. Doch der größte Anteil soll

Nicht weniger wichtig: Die Aufarbeitung des Jugendbereichs auf der kreiseigenen PDS-Homepage. Und auch für die Betreuung der jungen Landesparteitagsdelegierten gibt es erste Vorstellungen, damit sie sich im Juni in der Lutherstadt wohl fühlen.

Diese Aufgaben könnten allein nur sehr schwer bewältigt werden, aber das müssen sie auch gar nicht: Sowohl über persönliche Kontakte, als auch über Öffentlichkeitsarbeit versuchen wir das Bestehen dieser Runde in die weite Welt hinaus zu tragen und hoffen auf weiteren Zulauf junger, politikinteressierter Menschen. Auf Nachfrage per E-Mail kann sich jeder über den Stand der Arbeit in der Jugendgruppe informieren, selbst Anregungen geben oder auch erfahren, wann das jeweils nächste Treffen stattfindet. Damit verbunden ist natürlich ein weiteres Ziel der Jugendgruppe: Die Gewinnung von neuen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, welche sich aktiv an der Politik im Landkreis beteiligen wollen.

Und während unter dem Motto „Jugend forscht“ die Wittenberger Jugendlichen ihre ersten eigenen Geh- und Stehveruche in der Politik machen, werden sie von den „alten Hasen“ unter dem Motto „Jugend vor!“ mit Rat und Tat unterstützt. Für den nötigen professionellen Beistand ist also gesorgt.

E-Mail-Adresse der PDS-Jugendgruppe-Wittenberg: PDS-jugend-WB@gmx.de

Nächstes Treffen ist am 14. März um 18 Uhr in der PDS Geschäftsstelle Wittenberg.

„Parteienstreit“ und Parteienstreit

von Dr. Thomas Falkner

Es sei die vielleicht größte Zurschaustellung der Stärke der Neonazis seit dem Krieg gewesen, schrieb die Londoner „Times“ Mitte Februar über den Aufmarsch der Rechtsextremisten in Dresden 60 Jahre nach dem Untergang der Stadt in einem der schwersten Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges. Die Neonazis, so das Blatt weiter, „verhöhnten die Botschaft des Vergebens und der Aussöhnung, die von den Kanzeln der Dresdner Kirchen zu hören war.“ Am Vorabend des Jahrestages noch hatte der frühere sächsische Ministerpräsident Biedenkopf in einem Hörfunk-Interview die deutsche Öffentlichkeit engagiert und geradezu lautstark aufgerufen, genau einen solchen Eindruck nicht zuzulassen. Es gelte, über die vielen zu reden – nicht über die vergleichsweise wenigen Extremistinnen und Extremisten. Augenauswischerei? Zuvor hatte Biedenkopfs Unions-Freund Stoiber, der bayerische Regierungschef, wieder und wieder Öl in das Feuer der politischen Auseinandersetzungen gegossen. Die rot-grüne Bundesregierung, so seine These, habe mit ihrem Versagen in der Arbeitsmarktpolitik rechtsextremen Parteien in die Hände gespielt. Der heutige Bundeskanzler – ein neuer Heinrich Brüning? Einer, der dem Kapital in die Hände und zugleich die Demokratie verspielt? Ist das so?

Auch die Linke gibt sich widersprüchlich. Einige hundert Radikale zogen in die sächsische Metropole und demonstrierten unter der Losung „No Tears for Krauts“ (Keine Tränen für Deutsche), während der PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag für einen Mix aus politischer Auseinandersetzung und Verbotsdrohung gegenüber der NPD eintritt. Einige Tage später wirbt er für eine linke Patriotismus-Debatte. Wettstreit oder Wettlauf mit den Rechtsextremen?

Zunächst: Ich habe Sympathie für Biedenkopf. Und so gar keine für die Linksradikalen. Wer mit solchen Losungen in eine Stadt fährt, in der vor 60 Jahren einige zehntausend Menschen in einer einzigen Nacht zu Tode kamen, ist lediglich eines: menschenverachtend und zynisch. Und Biedenkopf? Für seine starke Weigerung im Deutschlandfunk-Interview, sich selbst über die Aktivitäten der Neonazis in seiner Stadt zu definieren, und für sein Beharren darauf, die Dinge aus der Perspektive der demokratischen und humanistischen Mehrheit zu betrachten, war es bereits höchste Zeit. Demokratische Öffentlichkeit und demokratische Politik müssen der demokratischen Mehrheit in der Gesellschaft Stimme und Ziel geben – sie dürfen nicht in die Defensive voraus eilen.

Auch deswegen kann die neuerliche NPD-Verbotsdebatte heute nur ein Facette der politischen Auseinandersetzung sein. Je mehr Raum sie im Diskurs und im Denken der Demokraten einnimmt, desto schwächer

deren Positionen. Die rechtsextremen, rechtsradikalen Thesen und Denkmodelle sind in der Welt – sie lassen sich nicht weg beschließen, wohl aber mit der Kraft des Arguments und vor allem der Lebenskraft der Demokratie einhegen und letztlich marginalisieren.

Allerdings: Eine starke Demokratie setzt starke Demokraten voraus – auf allen Seiten. Warum bewegen sich Menschen heraus aus dem Kreis der Demokraten? Sie tun es auf der Suche nach Alternativen zur aktuellen Politik, zu den bestehenden Verhältnissen. Sicher – da spielt zunächst das eine Rolle, was die jeweilige Regierung gerade treibt. Aber warum gewinnt dann nicht (mehr) die demokratische Opposition? Bei den Wahlen des vergangenen Jahres hat die PDS sehr wohl ihre Aufgabe als demokratische Alternative erfüllt – und sowohl enttäuschte Wählerinnen anderer Parteien wie auch vor allem bisherige Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisieren können. Anders die Union: Sie verlor Wählerinnen und Wähler an NPD und DVU – die noch dazu auch in der Lage waren, ehemalige Nichtwähler in Bewegung zu bringen. Dahinter verbirgt sich ein seit einigen Jahren immer wieder feststellbares Problem: Die nachlassende Bindekraft der Union.

Demokratie funktioniert, bewährt und stabilisiert sich darüber, dass sie Interessen produktiv macht. Das ist eine eigenständige politische Leistung – es verlangt mehr, als dem Volke zu Munde zu reden oder mit dem Finger auf den politischen Konkurrenten zu zeigen. Deutschland steckt in einem tiefen Umbruch – und wird ihn nur bewältigen können mit akzeptablen und akzeptierten Maßstäben und Kriterien für die Bewertung von Reformen, für die Menschen nachvollziehbar als Sinnstiftung, als erkennbare und akzeptable Richtung eines Umbaus nach gerechten und als gerecht empfundenen Maßstäben für Belastung und Begünstigung. Auf diesem Weg werden Utopien ihre Realitätstauglichkeit beweisen – und, das wäre das Beste, neue, realitätstaugliche Utopien entstehen.

Dazu gehört auch, sich seiner Basis und seiner Herkunft zu versichern. Das kann heute nicht mehr nur DDR sein und auch nicht einfach nur der ins Schlingern geratene alte rheinische Sozialstaat – sondern dazu gehören auch die Demokratie des Grundgesetzes, die Aussöhnung und die Partnerschaft nach Westen, die Europäische Union und die früheren kulturellen Brüche und Aufbrüche der heutigen Mehrheitsgesellschaft West. Das ist kein nachholender Nationalismus und auch keine blinde Liebe zu Deutschland, sondern kann sehr wohl als ein aufklärerischer, offensiv gegen neuen braunen Ungeist gewendeter Patriotismus verstanden werden – da hat Peter Porsch recht.

Letzten Endes aber geht es um mehr. Sicher – mir steht jeder Christ- oder Sozialdemokrat,



jede Liberale oder Grüne, mit dem oder mit der ich mich auf dem Boden der Verfassung und nach demokratischen Grundsätzen über sehr unterschiedliche Auffassungen von sozialer Gerechtigkeit streite, nahe – im Gegensatz zu einem DVU-Vertreter, der PDS-Kritik an Hartz IV nachplappert, oder einem NPD-Funktionär, der sich alter DDR-Rhetorik bedient. Ich sage das gegen die Rabauken, Gaukler und Scharlatane in der „politischen Klasse“, die gerne den „Parteienstreit“ nach ihrem Geschmack inszenieren. Doch genau den brauchen wir nicht – sondern die auf allen Seiten gelebte Überzeugung, wonach klare Alternativen **innerhalb** des demokratischen Spektrums sinnvoll, notwendig und vor allem produktiv sind. Die Parteien diesseits der Union können sich angesichts dessen nicht darauf beschränken, der CDU ihre nachlassende Bindewirkung nach rechts vorzuwerfen und sich ihrer zugleich für den Machterhalt bzw. als Projektionsfläche politischer Negativpropaganda zu bedienen. Für demokratische und soziale Perspektiven stehen sie selber in der Verantwortung – auch miteinander.

Für die PDS wird es dabei darauf ankommen, sich nicht neben die aktuellen politischen Konflikte zu stellen, in ihnen nicht nur Partei zu ergreifen, sondern sich dabei abzuheben als die unverzichtbare **treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden**, für den Osten, für die schwachen Regionen. Schafft es die PDS, sich als treibende soziale Kraft diesseits von Union und FDP, als **die** linke Kraft neben der SPD **und mit Einfluss auf die SPD** zu profilieren? Das ist nicht nur überlebenswichtig für die Partei, sondern für viele Menschen im Lande, deren Interessen und Bedürfnisse sonst einfach untergehen. Und für die Stabilität der Demokratie.

Dr. Thomas Falkner ist Referent für Grundsatzfragen beim Fraktionsvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt.

das letzte +++ das letzte +++ das letzte

von Dr. Thomas Drzisga

Dass die NPD so stark sei, ... sei nicht Schuld der CDU oder anderer Parteien, sondern derer, die diese Nazis wählten.

So sprach Genosse Müntefering am 12. Februar 2005 auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Bochum. Es sei hier anheim gestellt, ob platte Schuldfragen hilfreich sind, sich dem Problem zu nähern. Lassen wir das dumpfe Parteiengeschele der Stoibers, der Schröders unbeachtet.

Bleibt festzustellen: Was Genosse Müntefering da wahlkämpfend von sich gab, zeugt von beachtlichem politischen Tiefgang – es klingt wie bei Franz Werfel: „Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig“. Franz – also der Müntefering – bleibt nämlich die entscheidende Antwort schuldig: **warum** gaben in Sachsen 190.909 Menschen der NPD ihre Zweitstimme? Sollte das so gar nicht mit den Verhältnissen, dem Agieren der Parteien unter anderem zusammengehen?

Artikel 21 Grundgesetz: „(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des

Volkes mit.“ Dazu kein Wort vom Genossen Müntefering, immerhin Vorsitzender einer regierenden Bundespartei...

Der Blick von unten auf das, was im Lande geschieht, scheint völlig verloren gegangen zu sein. Bleibt der Blick von oben, und da bleibt fast reflexartig nur noch dies: Die schärfste Waffe des Rechtsstaates, das **Verbot**. Das soll gar nicht so einfach vom Tisch gewischt werden, in besagtem Grundgesetzartikel heißt es zu Parteien schließlich auch: „Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ Gilt auch für Ziele, für Programmatik. Und wenn die Lage glasklar ist, ist das Verbot geboten. Nur: Das Problem ist dann immer noch nicht gelöst. Oder sollen die 190.909, die da in Sachsen die NPD in den Landtag brachten, gleich mit verboten werden? Spätestens hier zeigt sich die Absurdität.

Verbote, Restriktionen – all das sind mögliche Mosaiksteine, sich mit Feinden der Demokratie auseinanderzusetzen. Mehr aber auch nicht.

Schutz der Demokratie bedeutet vor allem Mittun. Stellen wir uns folgende Szenarien vor: Die Zehntausenden, die am Abend des 13. Februar 2005 in Dresden auf der Straße waren, wären da schon tagsüber gewesen. Oder – Hunderttausende sind von früh an am 8. Mai 2005 in Berlin am Brandenburger Tor. Und bleiben dort. Was dort dann nicht bleibt, ist Platz für Nazis.

Ja, der Aufschrei wird kommen, der Rechtsstaat und so weiter, die Polizei müsse dann doch und und und.

Was aber ist der Rechtsstaat? Ist er etwas Statisches, Gottgegebenes? Nein, er ist von Menschen so ausgestaltet, wie wir ihn heute vorfinden, er bleibt nicht wie er ist, er ändert seine Gestalt. Nicht zuletzt Otto Schily hat das mit seinen „Antiterrorpaketen“ hinlänglich unter Beweis gestellt ...

Und da soll es nicht möglich sein, den Rechtsstaat auch ganz anders auszugestalten, weiterzubringen? Ist es gegen den Rechtsstaat, wenn Menschen öffentlich **nein** sagen, dafür eintreten, dass Nazis keinen Platz, keinen Raum in dieser Gesellschaft finden?

Darüber nachzudenken, scheint allemal sinnvoller, als ständig über Verbote, über Beschneidungen des Versammlungsrechts zu philosophieren. Das wäre im übrigen eine lohnende Aufgabe für Parteien.

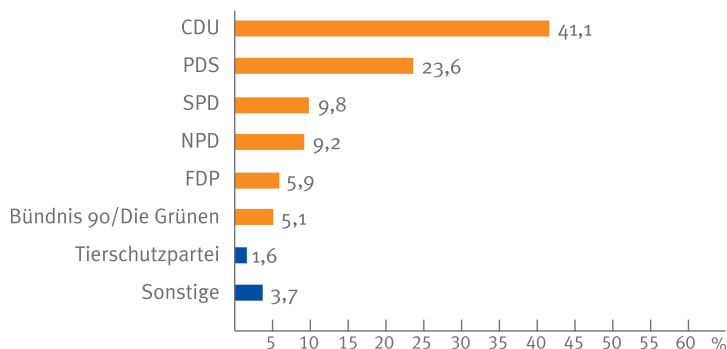
Was die politische Klasse anbietet, ist Obrigkeitendenken. Brechts Arturo Ui formulierte das so: „Ich bin, der Euer Bestes will, und weiß, was dieses Beste ist.“

Und dagegen bleibt Widerstand angesagt, um der Demokratie, um des Rechtsstaats willen.

Nachdenkliches P.S.: In der schönen Stadt Heilbronn gibt es 6 Prozent Arbeitslosigkeit. Die Rechtsextremen feiern hier fröhliche Urständ, haben Zulauf, breiten sich aus.

Stimmenanteile der Parteien bei der Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004

Angaben in %



Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann (Leitung), Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (Mdl), Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth

Titelfoto: Sven Barquet

Satz/Layout: Andrea Johlige

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 6.200 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Februar 2005 · klartext erscheint einmal im Quartal.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wählender Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Dem Westen unter die Arme greifen!

Am 22. Mai 2005 wird der Landtag in Nordrhein-Westfalen gewählt.

Die PDS in NRW braucht Ihre Unterstützung im Wahlkampf.

Bitte spenden Sie!

BLZ 810 700 24, KTO 118 82 59 01

Deutsche Bank 24

Verwendungszweck:

Spende Wahlkampf NRW

Die Spenden werden durch die PDS in Sachsen-Anhalt koordiniert. Informationen unter 0391/732 48 40.

SPENDENAUFRAF

